

„Sehr viel Potenzial“ für Nachhaltigkeit

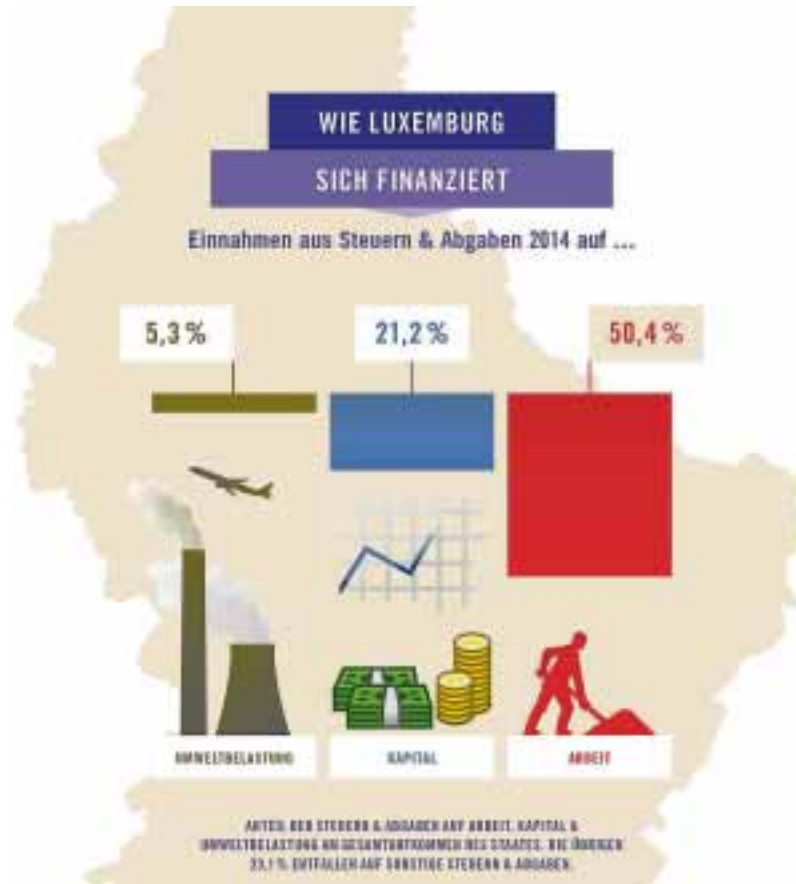
STEUERREFORM „Mouvement écologique“ gab zum dritten Mal Studie in Auftrag

Claude Clemens

Zum dritten Mal nach 1998 und 2003 gab das „Mouvement écologique“ eine Studie in Auftrag, um einen Diskussionsbeitrag im Sinne einer nachhaltigen Steuerreform zu leisten. Dieses Mal aus „akutem“ Anlass, denn eine Steuerreform wird bekanntlich derzeit ausgearbeitet.

Blanche Weber, Präsidentin des „Mouvement“, sieht die Regierung, die mit dem Versprechen von mehr Nachhaltigkeit angetreten sei, hier in der Pflicht: „Eine nachhaltige Steuerreform ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit dieser Regierung.“ Zudem wolle die Regierung ja auch mittels der „Rifkin-Studie“ die Wirtschaft nachhaltiger gestalten; dann müsse die Steuerreform logischerweise ebenfalls in dem Bereich Akzente setzen.

Man wolle neue Denkanstöße liefern, mögliche Richtungen vorschlagen; deshalb war auch nicht Ziel dieser Studie, irgendwelche möglichen Steuern ganz konkret durchzurechnen. „Wir wollen kein ‚Hickhack‘ auslösen“, so Weber, „sondern einen Prozess anstoßen.“ Zu diesem Zweck gab es gestern Abend ein



Quelle: FÖS

Die Illustration auf dem Deckblatt der Studie

informelles Treffen mit ca. 40 Vertretern aus Gesellschaft, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen, um die Studie vorzustellen; heute Morgen wird das „Mouvement“ von Finanzminister Pierre Gramegna empfangen.

Die Studie des „Forum ökologisch-soziale Marktwirtschaft“ (FÖS) wurde gestern von Ko-Autor Alexander Mahler vorgestellt. Mehrere Probleme werden häufig – nicht nur in Luxemburg – festgestellt: falsche Steueranreize,

Subventionen, die umweltschädliches Verhalten begünstigen, eine dadurch erfolgende Wettbewerbsverzerrung, ...

Die drei Hauptansätze für eine Reform im Sinne von Nachhaltigkeit seien ein Subventionsabbau, Umweltsteuern mit klaren Zielvorgaben sowie eine Einnahmeverwendung der erhobenen Steuern, die ebenfalls nachhaltige Ziele verfolge. Idealerweise müssten diese Steuern an die Lohnentwicklung angepasst sein. Denn diese Steuern seien oft „Mengensteuern“ und würden somit von der Inflation quasi „aufgefressen“ werden.

Umweltsteuern hätten viel Potenzial als „ökonomisch effizientes Instrument“. Neben dem Lenkungseffekt würden sie den Staatshaushalt entlasten und „Freiräume schaffen für eine Umschichtung der Steuerlast“. Sozial gerechte Maßnahmen könnten finanziert werden.

Beispiele

Dieses Potenzial illustriert das FÖS auf dem Deckblatt der Studie mit nebenstehender Grafik: Von allen im Jahr 2014 eingenommenen Steuern entfallen nur 5,3% auf „Aktivitäten mit negativen Folgen für Klima, Umwelt und Gesundheit“, kurz Umweltbelastungen. Die Besteuerung der „Arbeit“ sei viel zu hoch, Potenzial für eine „Umschichtung“

demnach vorhanden. Einige konkrete Beispiele des FÖS herausgegriffen: allgemein zu niedrige Energiesteuern (Stichwort „Tanktourismus“).

Der steuerliche Vorteil des Diesels (mehr CO₂-Ausstoß) gegenüber Benzin sei ökologisch nicht zu begründen. Durch weniger Verbrauch würde zudem bereits ein monetärer Vorteil für denjenigen bestehen, der sich für Diesel entscheidet. Dies müsse nicht steuerlich zusätzlich verstärkt werden. Die steuerliche Vorzugsbehandlung von Dienstwagen sei eine umweltschädliche Subvention („es fördert den Kauf von teuren und großen Wagen, die viel CO₂ ausstoßen“) und sozial ungerecht („betrifft nur gewisse Gehaltsstufen, der Mindestlohnempfänger hat nichts davon“).

Pestizide haben nachweislich schädliche Wirkungen. Die daraus entstehenden „gesellschaftlichen Kosten“ müssen Landwirte aber nicht bei deren Einsatz berücksichtigen. Eine „Pestizidsteuer“ könnte dies ändern, wäre Anreiz, sparsamer damit umzugehen und würde den Innovationsdruck auf die Hersteller erhöhen. Die sog. Grundsteuer setze „Fehlanreize“: sie fördere „spekulatives Horten“, so die Autoren, und würde demnach eine sehr ineffiziente Flächennutzung zur Folge haben.